64 Millionen Franken, doch Streit um 130 000

Der Grosse Rat spricht Kredit für Erweiterung der Kanti Baden – und diskutiert über Kunst am Bau.

David Walgis

Wieder einmal war sie Stein des Anstosses, die Kunst am Bau. Für 64 Millionen Franken will der Regierungsrat einen Erweiterungsbau für die Kantonsschule Baden bauen. 330 000 Franken sind dabei für Bühnen und Nischen als Kunst im öffentlichen Raum vorgesehen. Dies entspricht 0,6 Prozent der Gesamtsumme für das

Bauprojekt. Dies ist zu viel für die SVP. Grossrat Kurt Gerhard verweist in seinem Votum am Dienstagvormittag, als das Aargauer Kantonsparlament über den Verpflichtungskredit für den Kanti-Erweiterungsbau debattiert, auf den ursprünglichen Bau des bekannten Schweizer Architekten Fritz Haller aus den Sechzigerjahren. Die ursprüngliche Anlage sei Kunst genug, da sei zusätzliche Kunst am Bau nicht notwendig, so

Gerhards Argumentation. Die SVP spricht sich denn auch dafür aus, den Beitrag im Verpflichtungskredit für Kunst am Bau von 330 000 auf 200 000 Franken zu kürzen. Dies verlangt nämlich ein Minderheitsantrag der Kommissionen für Bildung, Kultur und Sport (BKS) und für allgemeine Verwaltung (AVW), welche das Projekt begleiten. Bei den anderen Fraktionen hat das Anliegen aber keine Chance.

Zwar mahnt die FDP, man werde die Kostenentwicklung kritisch beobachten. Denn statt wie geplant 51 Millionen kostet das Projekt nun 64 Millionen Franken. Einsparungen bei der Kunst am Bau sei für die FDP aber reine Symbolpolitik, sagt Sprecher Gerald Strub. Ähnlich klingt es auch von anderen Fraktionen. Die Grundsatzfrage aber, den Bedarf am Erweiterungsbau, stellt keine Fraktion infrage. So ist der Min-

derheitsantrag und die Kunst am Bau der einzige strittige Punkt bei den 64 Millionen. Letztlich lehnt das Parlament die geforderten Kürzung für die Kunst am Bau mit 85 zu 45 Stimmen ab. Unumstritten ist hingegen der Verpflichtungskredit: Gerade mal drei Ratsmitglieder sprechen sich gegen die 64 Millionen für die Kanti Baden aus. 127 stimmen dem Kredit zu. Seltene Einigkeit im Aargauer Grossen Rat.